

23. Ordentlicher DGB-Bundeskongress „Stärker mit uns“

Yasmin Fahimi

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Berlin, 11. Mai 2026

Es gilt das gesprochene Wort!



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In den nächsten Tagen werden wir einmal mehr darüber beraten, was das Land braucht und wie wir für die Menschen in diesem Land die Dinge nach vorne bringen. Und das mit der versammelten Kraft der Solidarität, so wie Ihr hier im Saal eindrucksvoll zusammengekommen seid.

Eines ist dabei jetzt schon klar: Wir lassen uns nicht einschüchtern und nicht entmutigen. Nicht von täglichen Angriffen auf den Sozialstaat. Nicht von dem Geraune, die Beschäftigten seien zu bequem und zu teuer. Nicht von Behauptungen, die deutsche Industrie sei nicht zukunftsfähig.

Wir halten dagegen – klar und selbstbewusst. Dieses Land ist besser als sein Gerede. Ja, es sind zweifelsohne schwierige Zeiten, in denen wir uns gerade aufstellen müssen. Umso mehr käme es jetzt darauf an, dass die Eliten ihre Jammerei einstellen und stattdessen mit entschlossenem Handeln Signale der Zuversicht senden. Denn für die große Mehrheit der Menschen geht es nicht um den Erhalt von Luxus und Privilegien. Für sie geht es darum, ihren Alltag organisiert und bezahlt zu bekommen.

Viele fragen sich, ob es überhaupt noch gelingen kann, wieder aus den komplexen Krisen herauszukommen. Die Nachwehen aus der Pandemie, Putins Angriff auf die Ukraine, Trumps Zoll-Raserei, Chinas staatlich gelenkte Eroberung der Weltmärkte, und jetzt auch noch Kriege im Nahen Osten. Das ist bedrohlich.

Das sind auch die Ursachen dafür, dass die deutsche Wirtschaft in der Wachstumsflaute feststeckt. Was davon bei den Beschäftigten ankommt, sind Inflation und zunehmende berufliche Unsicherheit. Und nun auch noch die Befürchtung, dass auf den Schutz durch den Sozialstaat kein Verlass mehr ist. Wenn die Stabilität der Beschäftigungs-, Einkommens- und Lebensverhältnisse in Gefahr gerät, dann wachsen – wenig überraschend – die Zweifel an der Demokratie und an der Lösungskompetenz der Parteien – nicht zuletzt bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Das alles stellt unser Modell einer demokratisch organisierten Gesellschaft und einer Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung zunehmend infrage. Faire Spielregeln und Schutzrechte werden als bürokratischer Ballast behandelt, Beschäftigte als reiner Kostenfaktor gesehen und Grundrechte als störender Bremsklotz abgeräumt.

Die Ungleichheit nimmt immer mehr zu – und damit auch die ohnehin gefährliche Polarisierung in unserer Gesellschaft. Nicht zuletzt, weil die Politik und die Wirtschaftseliten in Europa und Deutschland immer stärker durch die ideologischen Schockwellen aus den USA beeinflusst werden. Denn dort formiert sich eine Herausforderung wie noch nie seit dem Ende des 2. Weltkriegs.

Donald Trump, seine MAGA-Bewegung und die High-Tech-Konzerne der USA bilden eine Allianz, die gegen alles gerichtet ist, was wir und die weltweite Gewerkschaftsbewegung an zivilisatorischem Fortschritt erkämpft haben. Außen- und innenpolitisch greifen sie systematisch die verbindlichen sozialen Ordnungsprinzipien der Nachkriegszeit an. Ihr Handeln ist nicht nur eine besonders unangenehme Variante des gescheiterten Neoliberalismus, sondern es stellt eine neue Form organisierter politischer Kriminalität im Kapitalismus dar.



Das Prinzip der schamlosen Selbstbereicherung der Eliten wird mit mafiaähnlichen Methoden durchgesetzt. Einschüchterung, Rufmord und Diffamierung, Korruption und Vetternwirtschaft sind an der Tagesordnung. Es geht um Machtkonzentration und Selbstbereicherung durch Einschüchterung, Desinformation und politischen Druck.

Der Staat dient in dieser ideologischen Vorstellungswelt lediglich dazu, zügellosen Egoismus durchzusetzen und soziale Kontrollmechanismen auszuhebeln. Die gesellschaftlichen Gruppen werden methodisch gegeneinandergehetzt, weil Spaltung schwächt.

Diese neue unheilige Allianz und ihre Vorstellungen von autoritärer Demokratie und uneingeschränkter Bereicherung werden auch nach Deutschland und Europa getragen. Denken wir nur an die Angriffe auf europäische Regeln, die den BigTech-Giganten und ihrer Macht im Bereich Social Media Grenzen setzen sollen.

Was dahinter steckt, ist kein "Kulturkampf", sondern eiskaltes Kalkül, nämlich die tragenden Säulen unserer demokratisch und sozial gestalteten Gesellschaft zu schleifen. Gemeinwohl und sozialer Ausgleich passen nicht in eine Welt, die das Recht des Stärkeren durchsetzen will. Teilhabe und Tarifvertrag, Mitbestimmung und Mitgestaltung, Sozialstaat und Marktwirtschaft mit sozialer Verantwortung, Verteilungs-, Steuer- und Chancengerechtigkeit. Diese Prinzipien stehen dem Vorrang ungezügelter Profite im Weg – genau deshalb werden sie angegriffen.

Das ist eine Kampfansage, die wir sehr ernstnehmen müssen und der wir uns auch in den nächsten Jahren noch stellen werden müssen, Kolleginnen und Kollegen. Denn das Risiko, dass sich politische Kräfte in Europa von diesem toxischen Virus aus den USA infizieren lassen, ist real. Und es ist ungleich höher als das, was uns bisher an autoritären Gefahren aus China bedroht hat.

Europa muss jetzt zeigen, dass Demokratie mehr kann als autoritäre Systeme uns vorgaukeln wollen. Es gilt jetzt: Wenn draußen der Sturm stärker wird, muss unser Haus stabiler werden. Wir Gewerkschaften sind in der Lage, mit vernünftigen Kräften in Wirtschaft und Politik ein Bündnis für sozialen Fortschritt, wirtschaftlichen Aufschwung und Innovation zu initiieren und einzugehen.

Wir bieten an, gemeinsam mit aufgeklärten Kräften, unsere demokratische Identität und unser eigenständiges Modell wirtschaftlicher Entwicklung, im Geiste sozialer Verantwortung, zu verteidigen und fortzuschreiben. Wir wollen deutsche und europäische Selbstbehauptung in einer erneuerten Kultur der Gemeinsamkeit und des Miteinanders.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Dafür brauchen wir die Mobilisierung der Widerstands- und der Gestaltungskräfte aller. Gerechter Wandel wächst nur dort, wo Menschen täglich ihre Rechte einfordern, ihre Ideen teilen und Druck aufbauen – in den Betrieben, in den Nachbarschaften, in den sozialen Netzwerken.

Ein breites gesellschaftliches Bündnis bedeutet:

Dialog und Kompromiss immer dort, wo es nötig ist und zusammenführt.

Aber auch Mut und Widerstand von unten, damit sich etwas zum Guten bewegt und die Interessen der Beschäftigten gehört werden.



So schaffen wir eine Zukunft, die wirklich allen gehört. Mit Mut und Zuversicht. Und mit uns als Nukleus einer Bewegung für demokratische Stabilität und den Aufbruch in eine gerechtere Gesellschaft. Das Gute ist, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir fangen natürlich nicht bei Null an. Im Gegenteil. Wir werden beispielsweise die positiven Erfahrungen unserer seit 2024 aufgebauten Demokratiearbeit nutzen, über die ich gestern bereits gesprochen habe. Wir werden unsere Demokratiearbeit intensivieren und ausweiten. Wir sind nicht nur Ort, sondern Kraftzentrum der Demokratie!

Es geht um nichts weniger als darum, langfristig den Freiraum gewerkschaftlicher Betätigung und das Recht auf Teilhabe und Mitgestaltung in Gesellschaft und Politik zu sichern. Es geht darum, die Beschäftigten in diesem Land nicht zu rechtlosen Bittstellern machen zu lassen. Aus dieser Verpflichtung heraus zeigen wir klare Kante gegen alle Bewegungen und Parteien, die systematisch die Freiheitsrechte der Arbeitnehmerschaft infrage stellen.

Ihr wisst, von wem ich rede. All jene, die behaupten, es gäbe eine Lösung für alles. All jene, die als deutsches Kulturgut die Gleichschaltung durchsetzen wollen. All jene, die für ihre eigenen Interessen den Rest der Welt entmündigen wollen. Wohin das führt, haben wir in der Geschichte schon einmal leidvoll erlebt. Diese kollektive Erfahrung weltweit steckt uns in den Knochen. Deshalb werden wir immer dagegenhalten, kompromisslos und ohne Zaudern: Nie wieder ist jetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch und gerade im Systemwettbewerb mit einem Kapitalismus in Form organisierter politischer Kriminalität bleiben Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend. Wir wollen qualitatives Wachstum mit besseren Arbeits-, Einkommens- und Lebenschancen für die Breite der Gesellschaft. Wir wollen Innovationen und Investitionen, die technischen Fortschritt in sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt übersetzen.

Wir wollen wirtschaftliche Teilhabe auf Grundlagen von Tarifvertrag und Mitbestimmung. Und wir wollen die verlässliche Absicherung von Lebensperspektiven – durch einen starken Sozialstaat, der für alle da ist. Mit diesem Anspruch wollen wir auch Europa formen. Eine demokratische und solidarische Gesellschaft in Frieden und Freiheit.

Wir kämpfen für ein Europa, das seine Vielfalt als Stärke versteht, und das mehr tut für seine Unabhängigkeit und Widerstandsfähigkeit. Und Europa kann doch selbstbewusst und kraftvoll seine politische und wirtschaftliche Macht nutzen, um eigene, europäische Standards zu setzen und Werte zu verteidigen. Eigene Standards fordern wir zum Beispiel beim Umgang mit Künstlicher Intelligenz, bei Vorgaben für umweltverträgliche Produktion oder beim Schutz guter Industrie- und Dienstleistungsarbeit.

Andere Weltregionen suchen längst systematisch den eigenen Vorteil auf dem Weltmarkt. Sie setzen dabei auf staatliche Unterstützung im Wettbewerb, so wie es die USA mit dem InflationReductionAct getan hat. Oder aggressiver mit der irren Zollpolitik, die den Welthandel gleich aussperren soll. Aber auch die staatlich gelenkte Wirtschaft in China mit Subventionen und drastischem Sozial- und Umweltdumping.

Es wird allerhöchste Zeit, dass sich Europa gegen diesen aggressiven Billig-Wettbewerb und gegen den machtgetriebenen Protektionismus der anderen entschlossen aufstellt. Entschlossen, aber nicht durch plumpes Nachahmen nationalistischer Umtriebe, sondern mit kluger Wirtschaftspolitik, die auf Innovation und einen starken Binnenmarkt vertraut.



Wir wollen den Binnenmarkt stärken durch ein Vergaberecht, das europäische Anbieter bevorzugt und Produktion in Europa fördert. „Made in Europe“ muss künftig bei öffentlicher Beschaffung und Förderung immer Vorrang haben. Es kommt gar nicht infrage, dass wir mit öffentlichem Geld auch noch chinesische oder amerikanische Importe unterstützen. So verrückt kann man doch gar nicht sein!

Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung und der Europäischen Kommission, dass der sogenannte Industrial Accelerator Act schnellstmöglich umgesetzt wird, mit dem „Made in Europe“ entsprechend priorisiert werden soll. Und zwar tatsächlich eng bezogen auf die EU-Mitgliedsstaaten und nicht wieder auf die halbe Welt. Das muss ohne Ausnahmen kommen. Ein local-content-light wird zahnlos bleiben.

Wer in Europa verkaufen will, muss auch überwiegend in Europa produzieren. Oder zumindest in Europa endfertigen und dabei auch in Europa hergestellte Komponenten verbauen. Ausländische Großinvestoren müssen in Europa Joint Ventures eingehen mit inländischen Partnern. Effektive Importgrenzen auf Schlüsselmärkten müssen für nachhaltige Reduzierung von Abhängigkeiten sorgen. Zwingend vorgesehene Recyclingquoten bei bestimmten Produkten wie Eisenbahnschienen könnten den Aufbau einer Kreislaufwirtschaft beschleunigen.

Ein höheres Maß an solcher Art Resilienz heißt dann auch, an eigenen Standards festzuhalten und den unfairen Dumpingwettbewerb auf Kosten der Arbeitnehmerschaft und der Umwelt wegzudrängen. Wir wollen den globalen Handel nicht unterbinden. Aber wir wollen faire Partnerschaft statt einem Wettbewerb nach unten.

Kolleginnen und Kollegen,
unser europäischer Markt ist groß und stark. Aber gerade die deutsche Industrie kann und muss weiterhin ihre Absatzchancen auch auf dem Weltmarkt suchen – ohne in zusätzliche Abhängigkeiten von den USA und China zu geraten. Das geht nur mit Technologieführerschaft, also Innovationen und eben auch neuen Partnern in der Welt.

Auch in anderen Teilen der Welt wächst das Unbehagen über die Unberechenbarkeiten und Rücksichtslosigkeiten der großen Weltmächte. In diesem Rennen gewinnt im Übrigen gerade China mehr Zulauf als die USA.

Die Chancen, die strategische Partnerschaften und neue Handelsabkommen für Deutschland und Europa eröffnen, müssen von den Unternehmen entschlossener genutzt werden. Wir erwarten von Unternehmen, dass sie in ihrer Risikobewertung Strategien stärker hinterfragen, die einseitig auf die USA und China setzen und damit in immer tieferen Abhängigkeiten gefangen bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
immer deutlich zeigt sich nun mal, dass die Weltordnung, die wir kannten, nicht mehr existiert. Dabei geht es aber längst nicht mehr nur um wirtschaftliche Fragen.

Auch friedens- und sicherheitspolitisch stehen wir in Europa vor neuen Herausforderungen. Die globalen Rahmenbedingungen für Frieden und unsere Sicherheit verändern sich radikal. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ebenso wie der Wegfall der USA als verlässliche Schutzmacht schaffen gerade bei uns auf dem Kontinent eine neue Bedrohungslage.



Diese neuen Realitäten können wir nicht einfach ignorieren. Diese Feststellung bedeutet keineswegs, dass wir als Gewerkschaften all den Scharfmachern folgen, die derzeit den Ton angeben. Wir wollen kein Europa, das die "Sprache militärischer Macht" lernt und "kriegstüchtig" wird. Wir lehnen die zunehmende Militarisierung der öffentlichen und politischen Debatte entschieden ab, die wir gegenwärtig beobachten.

Es bleibt für uns dabei: Europa muss sich auf seine eigenständige Rolle als globale Friedensmacht zurückbesinnen, die auf Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und eine faire Handelspolitik setzt. Wir treten ein für ein Europa, das neue Initiativen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle auf den Weg bringt.

Gleichzeitig bedeutet mehr Resilienz für uns in Europa aber auch, dass wir gemeinsam unsere Verteidigungsfähigkeit stärken müssen. Und zwar aus eigener Kraft und strikt begrenzt auf Verteidigung. Wir wollen kein Europa, das in das Wettrüsten der Weltmächte einsteigt, sondern ein unabhängiges, starkes und friedliches Europa, das dazu in der Lage ist, sich selbst vor militärischer Aggression zu schützen – unabhängig von der Willkür der Großmächte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

In Summe: Wofür wir uns stark machen, ist ein Europa der Selbstbehauptung. Das betrifft nicht zuletzt auch die Entwicklung einer europäischen Digitalwirtschaft. Sie ist zum einen Bedingung für unsere Selbstbehauptung gegenüber den US-amerikanischen Tech-Konzernen. Und sie ist zum anderen Voraussetzung für die souveräne Teilhabe an einem der größten Zukunftsmärkte – Voraussetzung für Wachstum und gute Industriearbeit von morgen.

Wir brauchen einen konsequenten Aufbau digitaler Wertschöpfungsketten – von Chips und Halbleitern über adäquate Rechenzentren und wettbewerbsstarke Cloud-Anbieter, von guten KI-Lösungen bis zu Open-Source-Angeboten und innovativen Start-ups. Gleichzeitig kämpfen wir für eine konsequente Umsetzung der europäischen Digitalgesetzgebung: Hier geht es um fairen Wettbewerb in einem zentralen Zukunftsfeld, um eine Begrenzung der Machtkonzentration und um effektive Besteuerung der Tech-Giganten.

Es geht genauso um ethische Standards und soziale Verantwortung: Der Schutz vor Überwachung und Diskriminierung, vor kommerzieller Ausleuchtung im Netz oder staatlichen Repressionen im digitalen Raum sind ein Grundrecht in Europa. Persönliche Daten sind keine Ware, schon gar nicht die von Beschäftigten. Auch deshalb arbeiten wir weiter an einem europäischen Regelwerk im Umgang mit KI und Algorithmen am Arbeitsplatz.

KI ist dabei, die Arbeitswelt umzukrempeln. Darin steckt gleichzeitig ein Riesenpotenzial. Doch wir müssen schneller und besser werden: Unsicherheiten überwinden, Vertrauen schaffen, damit wir in die Gänge kommen. Gerade hier muss es doch ein gemeinsames Interesse für eine echte Co-Creation geben – für wirkliche Innovation, für neue Jobs, für Gute Arbeit statt nur Kosteneffizienz oder blinde Automatisierung.

Wir fordern die Arbeitgeber auf: Macht es besser und arbeitet mit uns an zukunftsweisenden und sozial gerechten Lösungen!



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Im 21. Jahrhundert muss der Ausbau der digitalen Infrastruktur zu einer Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge werden. In einer digitalisierten Welt von heute gehört das zum Erhalt von Teilhabe für alle. Wir müssen Daseinsvorsorge also größer und breiter denken.

Die öffentliche Daseinsvorsorge hat nach unserer Vorstellung eine doppelte Aufgabe. Sie ist eine entscheidende Bedingung für wirtschaftlichen Aufschwung, weil sie Voraussetzungen schafft für ökonomische Prosperität: mit einer gut ausgebauten und funktionierenden Infrastruktur, mit einem leistungsstarken Bildungswesen, mit einer entwickelten Forschungslandschaft, mit innerer Sicherheit, mit einer unabhängigen Justiz und mit einer korruptionsfreien Administration.

Alles förderliche Bedingungen für eine stabile Hochleistungsökonomie und ein Wettbewerbsvorteil, der „Made in Germany“ auszeichnen muss. Es wäre wirklich an der Zeit, dass auch die Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände endlich begreifen, wie sehr ihre Wettbewerbsfähigkeit von einem funktionstüchtigen Staat abhängig ist.

Die öffentliche Daseinsvorsorge entlastet gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger von existentiellen Sorgen und schafft dadurch Freiheiten in der Lebensgestaltung: durch eine gesicherte Kinderbetreuung, durch eine verlässliche Pflege, durch faire Bildungschancen, durch eine unterstützende öffentliche Verwaltung, durch ausreichenden Wohnraum.

Eine moderne, dem Menschen verpflichtete Organisation der Gesellschaft braucht genauso zwingend eine ausgebaute öffentliche Daseinsvorsorge, wie eben eine wettbewerbsstarke und erfolgreiche Hochleistungsökonomie. Eine Sparversion öffentlicher Daseinsvorsorge wirft die Menschen in ihren Lebenschancen und die Wirtschaft in ihren Wachstumschancen zurück. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist gesellschaftliches Eigentum. Wer daran herumsparen will, macht uns alle ärmer und enteignet die Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb werden wir auch weiterhin mit Macht und guten Argumenten all jenen entgegentreten, die uns den Abbau des Sozialstaats fälschlicherweise als tragfähiges Zukunftskonzept verkaufen wollen. Wenn dann beispielsweise ausgerechnet im Bildungswesen der Investitionsstau ein Rekordniveau erreicht, dann trifft das eine Gesellschaft ins Mark: Weniger aufgeklärte, selbstbewusste und reflektierte Menschen, weniger Selbstbestimmung und Chancengleichheit, weniger Berufschancen, weniger Förderung von Talenten. Und ja, lasst es mich einfach mal so zusammenfassen: weniger Glück!

Notwendig sind auch in diesem Fall Initiativen, die soziale und wirtschaftliche Vernunft miteinander verbinden. Etwa mit einem Aktionsprogramm für die 4,5 Millionen Menschen ohne Berufsabschluss. Mit dem Angebot einer zweiten Chance könnten aus ungelerten Arbeitskräften Fachkräfte mit größeren Einkommens- und Entwicklungschancen werden – und gleichzeitig wäre etwas Sinnvolles gegen den Fachkräftemangel getan.

Wenn man das noch mit einer umlagefinanzierten Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen verbinden würde, wie von uns gefordert, dann wird daraus ein überzeugendes Konzept sozialstaatlichen Handelns.



Und noch etwas: Wir fordern endlich die vollständige Gleichstellung – von öffentlichen Wohnheimen bis zu Auslandsaufenthalten und Fahrtkosten für Auszubildende und Studierende.

Und, weil ich gerade dabei bin: ich frage mich immer öfter – bei all den Diffamierungen, die sich eine „Generation Z“ immer wieder anhören muss – ob die Lebensrealität der jungen Generation überhaupt wahrgenommen wird: der Zustand der Schulen und der Lehrermangel, die Lernbedingungen während der Pandemie, oft keine Übernahmeperspektive für Azubis, unbezahlbare Mieten, 3 Mio. Jungerwachsene ohne Ausbildung, und jedes siebte Kind lebt in Armut.

Die wenigsten jungen Menschen wachsen mit dem „goldenen Löffel“ auf. Sie müssen vielmehr um ihre Zukunftschancen kämpfen. Und die werden je nach Herkunft auch noch immer schwieriger, statt besser. Es ist deswegen richtig und wichtig, dass eine selbstbewusste Generation ihre Ansprüche, aber auch die Grenzen ihrer Belastbarkeit thematisiert: Danke DGB-Jugend!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Aufgabe des Sozialstaats ist es aber auch, da korrigierend einzugreifen, wo der Markt Fehlentwicklungen produziert. Wie in der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Wenn sich selbst vollzeitbeschäftigte Facharbeiter in den Innenstädten keine Wohnung mehr leisten können, dann stimmt etwas nicht. Was nützen die besten Löhne, wenn am Ende des Monats die Miete alles auffrisst?

Und wie sollen Jugendliche sich auf ihre gute Ausbildung konzentrieren, wenn sie vor allem damit beschäftigt sind, Geld für die Miete aufzutreiben? Auszubildende zahlen im Schnitt über 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete, Studierende sogar über die Hälfte. Und über fünf Millionen Menschen konnten zuletzt ihre Wohnung nicht richtig heizen, weil das Geld fehlt. Wohngeldbezieher sind entweder Menschen im Rentenbezug oder Familien.

Das ist kein funktionierender Markt mehr. Das ist ein sozialer Notstand!

Deshalb fordern wir sozialstaatliches Gegensteuern: Einen starken öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau. Und klare Regeln bei Neuvermietungen. Wir kämpfen für einen starken, aktiven Sozialstaat, der frühzeitig investiert in die Zukunft aller und insbesondere auch der kommenden Generationen. Er ist kein Luxus, sondern zentrales Element unserer Demokratie und unserer Wirtschaft – deshalb ist das Sozialstaatsprinzip im Grundgesetz verankert.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob wir uns einen Sozialstaat leisten können, sondern auf welche Leistungen des Sozialstaates die Menschen einen legitimen Anspruch haben. Und das ist keine Frage politischer Beliebigkeit oder der jeweiligen Kassenlage. Und das gilt ganz besonders für die Rente, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben dafür gesorgt, dass trotz aller Angriffe das Rentenniveau zumindest bis 2031 gesichert ist. Dafür haben wir erfolgreich Druck gemacht.

Genauso müssen und werden wir dafür kämpfen, dass auf die Rente auch in Zukunft Verlass ist – für alle Generationen! Wer ein Leben lang arbeitet und einzahlt, muss im Alter sicher leben können. Was ist daran so schwer zu verstehen? Das ist das zentrale Versprechen des Sozialstaats. Und es gilt für die Älteren wie für die Jüngeren.



Da mobilisieren aber einige im Bundestag gegen die Gesetzliche Rente. Man solle doch lieber privat vorsorgen. Ja, wovon denn?! Die nennen sich Junge Gruppe. Und fast keiner von denen hat jemals in die Rente eingezahlt. Tun aber so, als wären sie die Stimme der jungen Generation.

Die größte politische Jugendorganisation der Republik ist die DGB-Jugend. Und sie erheben ihre Stimme laut gegen diesen Enkeltrick und den Versuch Jung gegen Alt auszuspielen. Nochmal: Danke DGB-Jugend!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
nun findet sich aktuell in den Eckwerten zum Haushalt, eine Kürzung des Bundeszuschusses für die Gesetzliche Rente. Nicht nur, dass wieder einmal der Rotstift angesetzt wird. Wer soll denn noch das Gerede von Eingrenzung der Sozialversicherungsbeiträge ernst nehmen, wenn gleichzeitig 4Mrd € aus dem System genommen werden und mit 0,2% Beitragserhöhung kompensiert werden müssen?! Das ist Politik nach Kassenlage und ohne Sinn und Verstand!

Als Gegenpol zu andauernden Leistungskürzungen und den permanenten Abgesängen auf unser Rentensystem haben wir als DGB eine eigene Rentenkommission eingesetzt. Als Gewerkschaften ist es uns ohnehin schon gelungen, in vielen Branchen eine zusätzliche betriebliche Altersvorsorge als tariflich garantierten Anspruch durchzusetzen.

Aber, Kolleginnen und Kollegen,
das kann nur als Ergänzung zur staatlich garantierten Alterssicherung funktionieren. Das zentrale Standbein muss eine leistungsfähige gesetzliche Rente bleiben, die auf eigener Beitragsleistung beruht, als gesichertes Eigentum im Alter.

Und deswegen gilt weiterhin, was ich bereits am 1. Mai gesagt habe: Wer das Renteneintrittsalter beliebig nach oben setzen will oder das Sicherungsniveau der Rente angreift, riskiert einen gesellschaftlichen Großkonflikt. Ich kann die Politik nur warnen: Wir sind mobilisierungsfähig und mobilisierungsbereit, um Rentenklau abzuwehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
und in der Krankenversicherung erwarten uns ebenso schwere Konflikte. Die Bundesregierung hat als Ziel vorgegeben, dass die Ausgaben nicht größer sein sollen als die Einnahmen. Das klingt im ersten Moment vernünftig, ist aber nichts anderes als reiner Populismus – so leid es mir tut, das feststellen zu müssen.

Das ist schon allein deswegen widersinnig, weil auch hier als erstes mal wieder an der Einnahmenseite gekürzt wird – auch hier soll der Bundeszuschuss runtergefahren werden. Und von einer Stärkung der Einnahmenseite wird schon mal gar nicht gesprochen. Außerdem: wenn in einer Gesellschaft die Zahl der Älteren wächst, dann steigt auch der Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen. Da kann man nicht einfach einen Deckel draufsetzen.

Und wenn in einer wirtschaftlichen Krise zum Beispiel mehr Menschen keine Arbeit finden und als Folge die Beitragseinnahmen zurückgehen, dann müssen trotzdem noch genauso die Kranken und Pflegebedürftigen gut versorgt werden. Alles andere wäre verantwortungslos und unmenschlich.

Was das Kabinett auf Vorschlag von Gesundheitsministerin Warken beschlossen hat, hat eine unverantwortliche Schlagseite zu Lasten der Versicherten. Mehr Zuzahlungen, weniger Zuschüsse und



dann auch noch das Krankengeld kürzen wollen! Das mit dem Krankengeld, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben wir bereits abräumen können! Aber an den anderen Themen werden wir im weiteren gesetzgeberischen Verfahren weiter hart arbeiten müssen.

Als erstes wäre eben notwendig, für ausreichende Einnahmen zu sorgen. Zum Beispiel mit einem angemessenen Bundeszuschuss, der versicherungsfremde Leistungen abdeckt. Allein die volle Übernahme der Leistungen für Grundsicherungsbezieher entspricht zehn bis zwölf Milliarden Euro an legitimen Mehreinnahmen bei den Krankenkassen.

Man könnte zur Kompensation ja auch endlich mal einen PKV-Soli einführen. Denn es stellt sich schon die Frage, warum die Privatversicherten bislang nichts mit dieser gesellschaftlichen Aufgabe zu tun haben. Ohnehin müsste man die Krankenversicherung Schritt für Schritt zur Bürgerversicherung umwandeln, in die alle gleichermaßen einzahlen. Und auch die Beitragspflicht von Kapitaleinkünften würde sofort zu deutlichen Mehreinnahmen führen.

Aber auch wir schauen nicht nur auf die Einnahmeseite. Wir wollen echte Strukturreformen und damit in der Tat die Kostenentwicklung ausbremsen. Wir verstehen allerdings Leistungskürzungen für die Versicherten nicht als Reform, sondern als Kapitulation. Als Kapitulation vor denjenigen, die sich im Gesundheitswesen die Taschen voll machen. Gesundheit ist keine Ware. Und doch haben renditehungrige Investoren das Gesundheitswesen längst als attraktives Geschäft für sich entdeckt.

Deswegen sehen wir es als vorrangige Aufgabe der Politik, maximale Gewinne und überzogene Honorare zu begrenzen und den Privatisierungstrend im Gesundheitswesen umzudrehen. Echte Reform bedeutet daher in diesem Fall: Das Non-Profit-Prinzip durchzusetzen und Krankenhäuser und Arztpraxen in den Fängen von Privat-Equity-Firmen zurückzudrängen; Facharzthonorare zu begrenzen und die Kassenärztliche Vereinigung so umzubauen, dass eine transparente Honorargestaltung mit den Krankenkassen gesichert ist; die Sektorengrenze zwischen ambulanter und stationärer Versorgung aufzuheben und flächendeckend Gesundheitszentren einzuführen, um eine gute und gleichzeitig effiziente Versorgung zu sichern; die Möglichkeiten einer konsequenten Digitalisierung und Entbürokratisierung zu nutzen, mit der elektronischen Patientenkarte und mit mehr digitalen Sprechstunden; die Mehrwertsteuer auf Medikamente von 19% auf 7% abzusenken, weil das die Beitragszahler und die Krankenkassen unmittelbar entlasten würde.

Allein dieses Paket ermöglicht eine langfristige Stabilisierung des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung – und zwar ohne Leistungskürzungen. Eine solche Reform würden wir unterstützen und mittragen. Was aber gar nicht geht, Kolleginnen und Kollegen, sind die Vorhaben, die das Gerechtigkeitsprinzip und den Leistungskern der Krankenversicherung aushöhlen. Und klar ist auch: gute Pflege gibt es nicht mit schlechten Arbeitsbedingungen. Alles, was nach der Pandemie hart erkämpft wurde an Verbesserungen in der Krankenhauspflege, wird nun wieder relativiert. Die, die sowas beschließen, brauchen niemals mehr zum Klatschen aufrufen! Die wollen wir nicht mehr auf den Balkonen sehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es gibt im Übrigen einen vielversprechenden Ansatz, die Sozialkassen und ihr Leistungsniveau ganz allgemein zu stärken. Über den wird nur leider kaum diskutiert: Das wären höhere Beiträge als Ergebnis höherer Arbeitseinkommen, indem die Tariffucht gestoppt und umgedreht würde.



Die Tarifflichtlinge aus dem Arbeitgeberlager kosten die Sozialkassen jedes Jahr 41 Milliarden Euro. Und dem Staat entgehen so Jahr für Jahr 24 Milliarden Euro an Einnahmen aus der Einkommenssteuer. Gut, dass die Regierungskoalition nach jahrelangem Druck unsererseits endlich mit dem Bundestariftreuegesetz ein erstes Signal gesetzt hat, was Standard in unserem Land sein sollte. Gut auch, dass der Mindestlohn zum Jahreswechsel auf 14,60 Euro steigt. Auch, wenn wir dafür lange kämpfen mussten.

Aber selbst der höhere Mindestlohn ist kein guter Lohn nach unserem Verständnis, sondern eben das Minimum des absolut Notwendigen. Und Mindestlohn bedeutet eben auch nur: Mindestbeitrag zur Krankenkasse und Pflegeversicherung, bedeutet nur Mindestbeiträge zur Rentenversicherung und später Mindestrente. Genauso wie Teilzeit auch nur Teilbeiträge bedeutet und später dann nur Teilrente. Und von Minijobs hat man im Alter fast nichts. In den Kranken- und Pflegekassen kommt durch sie auch gar nichts an.

Wer also wirklich etwas für die nachhaltige Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung tun will, der muss für Tariflöhne durch mehr Tarifbindung sorgen und für mehr Jobs deutlich oberhalb des Mindestlohns. Der muss mehr Beschäftigte – vor allem Frauen – aus der Teilzeitfalle rausholen. Und der muss alle Arbeit beitragspflichtig machen. Das wäre eine Reform, die das Attribut „groß“ verdient.

Stattdessen gefallen sich gegenwärtig Arbeitgeber und Politik in übler Sozialabbau-Rhetorik. Groß seien Reformen, wenn sie möglichst schmerzhaft für die meisten sind. Wer von einem überbordenden Sozialstaat redet, verbreitet schlicht und ergreifend die Unwahrheit. Deshalb ist es wichtig, mit ein paar Märchen aufzuräumen.

Die Sozialausgaben in Deutschland sind weder im internationalen noch im historischen Vergleich besonders hoch. Unser Niveau an sozialer Sicherheit ist alles andere als unbezahlbar – egal, wer das Gegenteil behauptet.

Allerdings ist die durchschnittliche Belastung von Arbeitseinkommen durch Steuern und Sozialbeiträge mit 43% deutlich höher als bei Aktienerträgen oder großen Vermögen. Da ist die effektive Steuerbelastung deutlich niedriger. Und Beiträge werden gar nicht fällig.

Und genau an dieser Schieflage müssen wir etwas ändern, Kolleginnen und Kollegen! Debatten um soziale Kürzungen, Leistungsabbau und längere Arbeitszeiten auf der einen Seite. Himmelschreiende Ungerechtigkeit in der Verteilung und Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaften auf der anderen Seite.

Das ist die Herausforderung, das ist der große Konflikt. Es geht nicht um Jung gegen Alt, nicht um Migranten gegen Einheimische, nicht um Arbeitslose gegen Beschäftigte – oder was auch immer an spaltenden Gegensätzen sonst noch konstruiert wird.

Die Zahl der Milliardäre wächst. So unvorstellbar das auch ist: Bald wird es erstmals in der Geschichte des Kapitalismus Billiardäre geben. Gleichzeitig muss inzwischen jeder vierte Mensch in der Welt mit Hunger im Bauch Schlafen gehen.



Die weltweit zunehmende Konzentration von Einkommen und Vermögen in der Hand von wenigen Superreichen ist eine zerstörerische Fehlentwicklung, die mit einer nachlassenden Gestaltungskraft des Sozialstaats und einer zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit unmittelbar korrespondiert. So lange auch in unserem Land allein zwei superreiche Familien mehr Vermögen besitzen als die Hälfte der Bevölkerung, also 42 Millionen Bundesbürger, so lange gibt es nun wirklich keinen Grund für irgendwelche Verzichtserklärungen nach unten.

Solche Ungleichheiten schwächen im Ergebnis auch Wachstum und Wirtschaftskraft und destabilisieren die Demokratie als Grundlage des friedlichen Miteinanders in der Gesellschaft. Eine solche Art der Reichenpflege können wir uns einfach nicht mehr leisten! Eigentum ist nicht verantwortungsfrei, sondern verpflichtet! Das ist exakt der Gegenentwurf zur organisierten politischen Kriminalität von Donald Trump.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
genauso gilt, dass auch die großen Herausforderungen unserer Zeit nicht allein bei der Arbeitnehmerschaft abgeladen werden dürfen. Der Umbau zu einer klimaneutralen Gesellschaft und Wirtschaft, die Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die Belastungsspitzen durch den demographischen Wandel, die demokratische Selbstbehauptung gegenüber Autokraten und Oligarchen sowie die in diesem Zusammenhang zeitgleich aufzubauende Verteidigungsfähigkeit.

Das alles verlangt nach neuen Finanzierungswegen. Und deshalb unterstützen wir eine Steuerreform, die zu echten Entlastungen bei den kleinen und mittleren Einkommen führt und gleichzeitig die extrem hohen Einkommen stärker belastet. Das wäre ein Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit und würde auch die inländische Kaufkraft stärken.

Und deshalb müssen wir in Zeiten größter wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Herausforderungen endlich diejenigen stärker einbeziehen, die in den vergangenen Jahrzehnten leistungslos immer mehr Vermögen angesammelt haben. Wir wollen die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftssteuer. Das wäre der richtige Weg – und nicht pauschale Steuersenkungen für Unternehmen. Davon profitieren nur immer wieder auch die Unternehmen, denen es glänzend geht und die gar keine Entlastung benötigen. Davon profitieren auch die Unternehmen, die Investitionen und Standorte sogar verlagern, die Arbeitsplätze abbauen. Das sind Steuergeschenke an die Falschen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Wir Gewerkschaften haben aufgezeigt, dass die Schuldenbremse in ihrer derzeitigen Konstruktion eine Zukunftsbremse ist. Eine solche Reform sollte nicht die Kassenlage verbessern, sondern für echte Zukunftsinvestitionen sorgen.

Eine grundlegende Reform haben wir noch nicht durchgesetzt. Aber ohne uns hätte es noch nicht einmal den jetzigen 500-Milliarden-Fonds für Infrastruktur und Transformation gegeben, sondern stattdessen vier weitere Jahre Investitionsstau. Das war ein wichtiger und hart erkämpfter Erfolg!

Erlaubt mir in diesem Zusammenhang aber eine Klarstellung, liebe Kolleginnen und Kollegen.
Ausgerechnet die Verteidigungs- und Rüstungsausgaben von der Schuldengrenze auszunehmen, war und bleibt ein Fehler!



Das sind konsumtive Ausgaben, keine Investitionen. Und es geht gar nicht, dass sich die Regierungskoalition ausgerechnet auf diesem Feld einen Freifahrtschein für schuldenfinanzierte Aufrüstung ausstellt. Das verstehen wir nicht unter Zukunftsvorsorge.

Es ist zwar gut, Kolleginnen und Kollegen, dass wir zumindest das Sondervermögen haben. Aber vieles deutet darauf hin, dass die Bundesregierung oft einfach umschichtet – vom Investitionsfonds in den regulären Haushalt. So war das natürlich nicht gedacht. Wir erwarten, dass die 500 Milliarden in voller Höhe als zusätzliche Investitionen des Staates in Zukunftsprojekte fließen. Und da ist nicht nur der Finanzminister, sondern die gesamte Bundesregierung gefordert, mit dem Kanzler an der Spitze.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir gehören nicht zu den Schlechtredner. Wir wissen: unser Land verfügt grundsätzlich über alles, was wir für eine gute Zukunft brauchen: motivierte, hervorragend ausgebildete und hochproduktive Menschen, innovative Unternehmen und Einrichtungen, bewährte demokratische und rechtstaatliche Institutionen und einen starken Sozialstaat. Wir fordern eine Politik, die auf diese Stärken setzt und sie weiter ausbaut. Neue Potenziale entfesselt und eine wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt, die für nachhaltigen Wohlstand für alle sorgt.

Leider hat sich mittlerweile in unserem Land Investitionsfaulheit in vielen Unternehmen breit gemacht. Und es sind nicht zuletzt Management-Fehler in vielen Chefetagen der Unternehmen gemacht worden, die uns zusätzlich abhängen. Dort hat man es sich in zu vielen Fällen einfach zu bequem gemacht und sich auf den Erfolgen der Vergangenheit ausgeruht.

Die Folge: trotz des beschlossenen Sondervermögens kommt der Modernisierungskurs nicht in Gang. Viele in der Wirtschaft stehlen sich aus der Verantwortung. Betriebe werden zerschlagen, Beschäftigte entlassen, kurzfristiges Kostendenken dominiert. Personalabbau, Stilllegungen, Verlagerung und Sozialpläne, das sind die beherrschenden Themen für so viele Vertrauensleute und Personal- und Betriebsräte. Die Beschäftigten sind die Leidtragenden der Krise, für die sie nichts können. Und das schon viel zu lange.

Wem in der weltweit drittgrößten Volkswirtschaft, wem in der EU als weltweit größtem Binnenmarkt nicht mehr einfällt als Verlagern, der muss sich Versagen vorwerfen lassen, Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
alle Reformen nützen letztlich nichts, ohne Gute Arbeit für alle. Wir brauchen dafür eine Regulierung des Arbeitsmarktes, die alte und neue Formen der Arbeitsausbeutung zurückdrängt. Und überall in der Arbeitswelt, wo die tarifliche Gestaltung nicht mehr prägend ist, wo wir Gewerkschaften nicht mehr die Standards der Arbeitsbedingungen setzen, da wächst die Ungerechtigkeit.

Das schadet nicht nur den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern auch der Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft insgesamt. Man braucht sich nicht über zu geringe Produktivität zu beklagen, wenn man bei einem prekären Arbeitsmarkt von 19% nicht endlich gegensteuert.

Für Gute Arbeit und eine leistungsstarke Wirtschaft braucht es uns Gewerkschaften und eine starke Mitbestimmung. Wir müssen Wirtschaft und die Arbeitswelt endlich wieder mehr demokratisieren.



Demokratie darf nicht ausgerechnet da enden, wo das Kapital die größte Macht hat. Wo der Arbeitgeber ohne Mitbestimmung einfach sein Weisungsrecht durchzieht.

Und deshalb fordern wir neue Ansätze für eine gleichberechtigte Mitbestimmung in den Aufsichtsräten ein und Mitbestimmungsrechte auf der Höhe der Zeit, für alle Beschäftigten gleichermaßen, ob im Betrieb oder in den Dienststellen. Die Unternehmensmitbestimmung muss gestärkt werden, die Mitspracherechte der Arbeitnehmerbank müssen deutlich ausgebaut werden, und der Gesetzgeber muss Schlupflöcher schließen und konsequent gegen Umgehungsstrategien und Rechtsbrüche vorgehen. Wir wollen ein echtes paritätisches Mitbestimmungsrecht für alle ohne doppeltes Stimmrecht des Aufsichtsratsvorsitzenden!

Gleichzeitig muss der Abwärtstrend bei den Betriebsräten umgekehrt werden. Das Betriebsverfassungsgesetz braucht ein Update nach dem Vorbild unseres Reformvorschlags. Und auch viele öffentliche Unternehmen sind nicht tarifgebunden. Das ändern wir!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unser Kerngeschäft ist und bleibt unser Kampf für sichere Arbeitsplätze, für gute, tarifgebundene, mitbestimmte und gesunde Arbeit. Denn das ist das Zentrum einer fairen Wirtschafts- und Sozialordnung. Tarifbindung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Mitbestimmung – das sind die Säulen einer Arbeitswelt, in der die Menschen Sicherheit und Wertschätzung erfahren. Das gilt für den Öffentlichen Dienst genauso wie für Industrie und Dienstleistung.

Mit Tarifverträgen, Betriebs- und Dienstvereinbarungen gestalten wir Veränderungsprozesse demokratisch und passgenau – sozial gerecht und ökologisch verantwortlich. Probleme lösen wir besser und schneller, wenn Sozialpartnerschaft als Gestaltungspartnerschaft verstanden wird und die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schafft.

Wir wollen Arbeitgeber, die sich dieser Aufgabe stellen – nicht solche, die sich durch Tarifflicht entziehen und Betriebsräte angreifen. Wir nehmen Politik und Staat dafür in die Pflicht. Die Vergabe öffentlicher Gelder, aber auch die staatliche Förderung von Unternehmen müssen an Tarifbindung und Beschäftigungssicherung geknüpft werden. Das ist gut für die Menschen und sichert die Kassen von Staat und Sozialversicherungen.

Aber vor allem ist Gute Arbeit eine unumstößliche Verabredung in unserer Gesellschaft! Sie ist die Voraussetzung für ökonomische Selbstbestimmung und persönliche Freiheit. Gute Arbeit schafft Selbstvertrauen und Erfüllung. Gute Arbeit bedeutet gesellschaftliche Integration und Teilhabe. Gute Arbeit ist wesentlich für die Chance auf ein Gutes Leben. Und alle Menschen in unserem Land verdienen eine solche Chance, etwas aus ihrem Leben zu machen, auf der Grundlage eigener Leistung und fairer Bezahlung.

Liebe Kollegen und Kollegen,
was schwätzen da einige in Politik und Wirtschaft über die Leistungsbereitschaft der Beschäftigten?! Niemand hat das Recht, unseren Leuten den Stolz auf die eigene Arbeitsleistung abzusprechen. Die Beschäftigten in unserem Land sind überaus fleißig, zuverlässig, kompetent und engagiert. Sie halten dieses Land am Laufen. Und es wird Zeit, dass dem endlich wieder Respekt entgegengebracht wird.



Hört auf mit respektlosen Beschimpfungen und Placebo-Politik. Schafft endlich solidarische Reformen und bringt die zusätzlichen Investitionen auf den Weg. Das alles mit einer gerechten, transparenten und leistungsgerechten Steuerfinanzierung.

Respekt verdienen im Übrigen auch die Zugbegleiter, Polizisten, Rettungskräfte, Feuerwehrleute, die Beschäftigten in den Sozial- und Arbeitsämtern oder das Pflegepersonal und alle anderen, die sich in diesen Zeiten immer wieder Anfeindungen ausgesetzt sehen. Wir wollen keine Gesellschaft, in der die Sitten verrohen, in der Menschen beleidigt, bespuckt und angegriffen werden, nur weil sie ihre Arbeit machen. Dafür gibt es keine Entschuldigung, das ist inakzeptabel, Kolleginnen und Kollegen. Und darum werden wir auch unsere Kampagne „Vergiss nie: hier arbeitet ein Mensch!“ fortsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Uns muss keiner erzählen, dass Arbeit auch Spaß machen kann. WIR schaffen die Rahmenbedingungen dafür! Und deswegen brauchen wir auch kein Reinpfuschen in die Kernthemen unserer Tarifarbeit. Genauso grundsätzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir deswegen die laufende Auseinandersetzung um das Arbeitszeitgesetz verstehen.

Ich muss an dieser Stelle nicht groß wiederholen, warum es sich verbietet, mit der beabsichtigten Reform den Acht-Stunden-Tag schleifen zu wollen. Ich will aber nochmal unterstreichen, dass damit auch das Machtverhältnis in unserem Kerngeschäft zugunsten der Arbeitgeber verschoben werden soll. Mit dem Aufweichen des Arbeitszeitgesetzes werden Tarifverträge unter Druck kommen. Und dort, wo es keine gibt, wird der Druck direkt auf die Beschäftigten durchgereicht.

Auch diese Debatte ist nichts anderes als Ausdruck der Respektlosigkeit. Es ist ein Kniefall gegenüber den Arbeitgebern. Es ist der Rückfall in Arbeitszeiten vor 1918. Deshalb sage ich es auch jetzt noch einmal: Finger weg von der Acht! Sonst müssen und werden wir gemeinsam dafür sorgen, dass der Protest dagegen auf die Straße kommt, Kolleginnen und Kollegen!

Und was sollte der Blödsinn mit der „Lifestyle-Teilzeit“, der vom Wirtschaftsflügel der Union losgetreten wurde? Nur eine falsche Überschrift?! Nein, es ist Ausdruck einer Arroganz, die nichts von der Arbeits- und Lebensrealität kennt. Da werden vor allem Frauen als Freizeit-Junkies diffamiert. Kein Wort zu den wahren Gründen, weshalb sie nicht gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen können und oftmals in der unbezahlten Sorgearbeit stecken bleiben, keine Rede von fehlender Kinderbetreuung, zu pflegenden Angehörigen, Arbeitgebern, die die Arbeitszeit nicht aufstocken wollen, ganzen Branchen wie dem Einzelhandel, in denen überwiegend Frauen tätig sind und wo die Arbeitgeber kaum mehr Vollzeitstellen ausschreiben, oder auch der völligen Überlastung in den primär von Frauen besetzten Pflege- und Lehrberufen. Das wird komplett ausgeblendet, das soll alles plötzlich nicht mehr relevant sein.

Diese Debatte ist eine Beleidigung, insbesondere der Frauen, die ja den überwiegenden Teil der Teilzeitbeschäftigten ausmachen. Wir brauchen stattdessen eine ernsthafte Debatte darüber, warum die volle Gleichstellung im Arbeitsleben den Frauen immer noch verweigert wird. Das ist auch ökonomisch in Zeiten des demographischen Wandels und des wachsenden Fachkräftemangels ein vollkommener Irrsinn.

Aber natürlich geht es vor allem um eines: die selbstständige Absicherung der Existenz und das Selbstbestimmungsrecht der Frauen auf ihre eigene Lebensplanung. Und deswegen sage ich auch: egal was die individuellen Gründe für Teilzeit sind – es geht die Politik nichts an! Es gibt keinen Arbeitszwang in



Deutschland. Schafft gefälligst ordentliche Rahmenbedingungen für ein gutes, selbstbestimmtes Leben für alle Geschlechter. Das ist die Aufgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der Kampf um Tarif und Mitbestimmung bleibt die große Gestaltungsaufgabe – gerade auch, um zu verhindern, dass wir in Deutschland Verhältnisse wie in den USA bekommen. Deswegen verlangen wir von der Politik mit allem Nachdruck, dass die Behinderung von Betriebsratswahlen endlich ein Officialdelikt wird, um das sich die Staatsanwälte kümmern müssen. Es kann doch nicht wahr sein, dass mittlerweile jedes fünfte Unternehmen Betriebsratswahlen behindert oder boykottiert. Das ist ein Verbrechen an unserer Demokratie!

Da geht es um das Grundrechte der Beschäftigten, aber auch darum, dass sich der Staat selbst fragen muss, ob er es zulassen kann, dass seine Gesetze nach Belieben ignoriert werden. Wir sollten uns in Deutschland einig sein, dass wir solche Auswüchse nach dem Beispiel eines kriminellen Kapitalismus in unserem Land nicht haben wollen.

Eine Soziale Marktwirtschaft nach unseren Vorstellungen sorgt für eine echte Machtbalance zwischen Arbeit und Kapital, sorgt für sozialen Ausgleich und Chancengleichheit. Spitzenleistung gibt es nicht zu chinesischen Löhnen, nicht zu pakistanischen Arbeitsbedingungen, nicht zu amerikanischem Hire-and-Fire, und nicht zu russischer Rechtlosigkeit.

Wir sind hier in Deutschland und in Europa. Bei uns gilt das Modell der sozial verantwortlichen Marktwirtschaft. Hier sorgen wir für Teilhabe und Mitbestimmung. Hier sorgen die starken deutschen Gewerkschaften und der Sozialstaat für Schutz gegenüber Willkür und Ausbeutung. Und das bleibt auch so. Wer glaubt, er sei mit seinen Anlagen künftig in den USA oder China besser aufgehoben als in Europa und Deutschland, dem wünsche ich viel Spaß mit Donald Trump und seinen Launen. Oder mit dem Eigentumsverständnis der Kommunistischen Partei Chinas.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
das Hinterherlaufen in billigere und weniger regulierte Regionen der Welt ist jedenfalls ganz sicher kein Erfolgsrezept für die deutsche Hochleistungswirtschaft. Im Rückwärtsgang hat noch keiner das Rennen gewonnen. Wir brauchen Arbeitgeber, die sich klar und langfristig zum Standort Deutschland bekennen. Die in unserem Land investieren und ihre Strategien auf Zukunftsfelder ausrichten. Die mit Innovationen Arbeitsplätze sichern, etwa in der Künstlichen Intelligenz, in der Batterieproduktion oder in der Medizintechnik.

Ja, solche Unternehmen müssen sich dann auch auf die Unterstützung durch den Staat verlassen können. Mit Innovations- und Technologieförderung, mit schnellen Genehmigungsverfahren, mit Rechts- und Planungssicherheit, mit Schutz vor Korruption und Spionage, mit einer Hochleistungsinfrastruktur und wettbewerbsfähigen Energiepreisen. Energie ist in Deutschland schlicht zu teuer – und wird in Folge des Irankriegs noch teurer. Das weiß doch inzwischen jeder. Und das ist auch der Hauptgrund dafür, dass insbesondere unsere Grundstoffindustrie gegenüber den globalen Wettbewerbern zurückfällt.

Wir haben lange für einen Industriestrompreis gekämpft, der dagegen steuert. Endlich ist er da. Das ist ein wichtiger Erfolg, der insbesondere der energieintensiven Industrie hilft. Aber das reicht noch nicht aus, um wieder vergleichbare Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Denn auch das europäische



Bepreisungssystem für CO₂-Ausstoß erweist sich in der augenblicklichen Lage tatsächlich als ein Programm zur Deindustrialisierung. Statt einen machbaren Pfad zur CO₂-Minderung aufzuzeigen, bedeutet dieser CO₂-Handel derzeit eine Sonderlast für die europäischen Industrieunternehmen, die niemand sonst auf der Welt tragen muss. Wenn aber Stilllegung, Verlagerung und Verlust von Arbeitsplätzen das Ergebnis von Klimaschutz sind, dann darf man nicht einfach durchziehen, egal was es kostet.

Das heißt: wir brauchen dringend eine Nachsteuerung bei den grundsätzlich richtigen und notwendigen Ansprüchen an die ökologische Modernisierung. Jetzt kommt noch die Preisexplosion aus dem Iran-Krieg hinzu. Und wieder zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleich doppelt drauf: mit dem weiteren Verlust von guten Arbeitsplätzen und durch die Inflation an der Tanke und im Supermarkt. Nun, es wird sich zeigen, ob die Absenkung der Mineralölsteuer tatsächlich bei den Verbraucher*innen ankommt.

Man kann bezweifeln, ob das gelingt bei der monopolistischen Marktmacht. Weswegen wir weiterhin darauf drängen, dass es dann tatsächlich zu einer Abschöpfung der Übergewinne kommt. Am wirkungsvollsten wäre es aber nach wie vor, einfach eine Mobilitätsprämie an alle auszuzahlen und endlich ein Mobilitätsgeld einzuführen – unabhängig von den genutzten Verkehrsmitteln. Und ab dem ersten Kilometer.

Der Staat sollte jetzt für eine sozial gerechte Entlastung der großen Mehrheit sorgen. Vielleicht auch durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel – am besten runter auf null Prozent. Das würde gerade den Familien mit kleineren Einkommen sofort helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Was ich mit all dem sagen will: Wir müssen vorbereitet sein für anhaltende Angriffe auf unsere Rechte und den Versuchen unsere Gesellschaft umzukrempeln. Denn wir wollen eben keine Gesellschaft wie in den USA: ohne Krankenversicherung für alle, ohne vernünftigen Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrechte, mit Spaltung und Hass, mit Sicherheitsbehörden, die die eigenen Bürger auf offener Straße erschießen; mit demokratischen Institutionen, die gekapert und von innen heraus zerstört werden – von einem Bündnis der äußerst rechten Demagogen und der Big-Tech-Oligarchen.

Und wir wollen keine Gesellschaft wie in China: ohne Wahl und Mitsprache außerhalb der kommunistischen Partei, mit totaler Überwachung, am Arbeitsplatz wie in der Öffentlichkeit, ohne Schutz vor Ausbeutung und Umweltsauereien.

Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir uns allerorts den autokratischen und rechtsextremen Despoten entgegenstellen. Wir müssen uns all jenen entgegenstellen, die unser Land als Beute für ihre Selbstbereicherungsstrategien ins Visier nehmen. Mit den Machtphantasien von Autokraten und Oligarchen, wie Donald Trump, Elon Musk oder Wladimir Putin, sind längst internationale Netzwerke geknüpft worden mit gleichgesinnten Helfershelfern.

Man stelle sich nur einen schrecklichen Augenblick vor, Alice Weidel würde deutsche Interessen mit Trump und Putin verhandeln. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf nie passieren!



Und anders als die rechten Demagogen mit ihrer Menschenverachtung, ihrem Rassismus und ihrem Chauvinismus stehen wir Gewerkschaften für Vielfalt.

Unsere Mitglieder sind Christen, Muslime oder konfessionslos, Frauen und Männer, egal mit welcher sexuellen Orientierung, deutsch-geboren oder zugewandert, weiß oder farbig, konservativ, grün oder politisch links verortet, Facharbeiter, Akademiker, Beamte oder Ungelernte, jung oder alt. Bei uns sind alle zuhause, die für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit, die für bessere Arbeits- und Lebensverhältnisse eintreten. Aus dem Reichtum dieser Vielfalt schöpfen wir die Gestaltungskraft der Solidarität, in einer Kultur des Respekts und der Wertschätzung.

Bei uns ist kein Platz für Hetze und Menschenfeindlichkeit. Unsere Stärke beruht auf solidarischem Miteinander. Wir wissen, wie sehr Spaltung und Gegeneinander die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerschaft schwächen und das gutnachbarschaftliche Klima in der Gesellschaft zerstören. Wir leben den Art. 1 des Grundgesetzes daher seit Beginn unserer Bewegung. Die Würde des Menschen ist unantastbar! Das ist das Gegenteil von Gleichmacherei.

Im Recht uneingeschränkt gleich zu sein ist die Voraussetzung dafür, dass jeder die Freiheit hat, so zu sein und so zu leben, wie er oder sie es möchte. Allein deswegen gibt es für uns keine Gemeinsamkeit mit der AfD und anderen extremistischen Gruppierungen. Gestern nicht, heute nicht, morgen nicht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Wir setzen auf Kompromiss, wo möglich, und auf Konfrontation, wo nötig. Wir fordern sozialen Ausgleich, nachhaltiges Wachstum und gerechte Wohlstandsverteilung – statt Sozialabbau und Demontage von Arbeitnehmer*innenrechten.

Stärker mit uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine Zukunft, die allen gehört. Das ist gleichermaßen ein Angebot, wie ein Versprechen. Uns muss dabei klar sein: Wir leben in einer Zeitenwende der Systeme. Abwehrschlachten reichen nicht mehr. Es ist Zeit für Utopie.

Wann wenn nicht jetzt, müssen wir uns fragen, wie das Morgen aussieht? Wann wenn nicht jetzt, müssen wir uns entscheiden, was die Regeln und Prinzipien für die Zukunft sein sollen?

Müssen wir dazu neue Antworten finden? Ja!
Aber auch nicht alles Bisherige über Bord werfen.
Wir müssen die alten mit den neuen Antworten verbinden.
Das ist unsere Aufgabe in diesen Kongresstagen. Und wir haben die Kraft dafür.

Nun, an alle da draußen, die nicht richtig wissen, wem sie noch vertrauen können:
Schreibt die Welt nicht ab – schreibt sie mit uns um. Gemeinsam sind wir stärker!
Für eine Zukunft, die allen gehört.

Glückauf!